

Angehörigenpflege und Beschäftigung

Familienpflegezeit und Pflegezeit

Bearbeitet von
Prof. Dr. Katharina Koppenfels-Spies

1. Auflage 2016. Buch. XXII, 228 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 69302 1
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Sozialrecht > SGB XI - Soziale Pflegeversicherung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

von Koppenfels-Spies
Angehörigenpflege und Beschäftigung

Angehörigenpflege und Beschäftigung

Familienpflegezeit und Pflegezeit

von

Dr. Katharina von Koppenfels-Spies
Professorin an der Universität Freiburg

2016

Zitiervorschlag:
v. Koppenfels-Spies, Angehörigenpflege, Rn. 103

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69302 1

© 2016 Verlag C. H. BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die Pflege von Pflegebedürftigen durch Angehörige ist heute nicht mehr nur eine Wunschvorstellung des Gesetzgebers, wie sie etwa in § 3 SGB XI oder dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ zum Ausdruck kommt, sondern gesellschaftliche Realität geworden. Ausweislich der Pflegestatistik von 2013 werden 48 % aller Pflegebedürftigen (rund 1,25 Mio. Menschen) ausschließlich durch Angehörige gepflegt. Aufgrund des durch den demographischen Wandel bedingten Anstiegs der Anzahl Pflegebedürftiger (Prognosen gehen für 2030 von rund 3,45 Mio. und für 2060 von rund 4,64 Mio. Pflegebedürftigen aus) wird die Bedeutung der Pflege durch Angehörige in der Zukunft weiter steigen (ausführlich hierzu: Barmer GEK Pflegereport von 2015, S. 189 ff.). Da sich die meisten der pflegenden Angehörigen im erwerbsfähigen Alter befinden, nimmt auch das Problem der Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit entsprechend zu. Viele der berufstätigen Angehörigen, die zB ihre Eltern, Schwiegereltern oder Großeltern alleine oder zusammen mit einem ambulanten Pflegedienst pflegen möchten, fragen sich, wie im Falle der Übernahme von Pflegeaufgaben und damit einhergehender Reduktion der Erwerbstätigkeit ihr Arbeitsverhältnis abgesichert ist, ob sie nach Beendigung der Pflegetätigkeit ohne Probleme auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren können und wie der Einkommensverlust bei einer (teilweisen) Freistellung gegebenenfalls abgefedert werden kann. Um hier für die Pflegenden Erleichterungen zu schaffen und die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege insgesamt zu verbessern, hat der Gesetzgeber mit dem „Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ vom 23.12.2014 (BGBl. I, 2462 ff.) das Familienpflegezeitgesetz sowie das Pflegezeitgesetz umfassend geändert.

Die dort vorgesehenen verschiedenen Möglichkeiten der Freistellung, ihre Voraussetzungen und Rechtsfolgen sowie die finanzielle, arbeitsrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Absicherung der pflegenden Angehörigen will das vorliegende Werk aufzeigen und zugleich Hilfestellung bei der konkreten Ausgestaltung der Inanspruchnahme von Familienpflegezeit oder Pflegezeit in der Praxis leisten.

Für ihre Unterstützung bei der Realisierung dieses Projektes danke ich herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Lehrstuhls Sophie Charlotte Bahr, Clara Fehl, Fabian Key, Jan Labusga und Johannes Thierer. Sie haben mit großer Sachkunde und Zuverlässigkeit wertvolle inhaltliche Vorarbeiten erbracht, die Formatierung und Endredaktion übernommen sowie das Sachverzeichnis erstellt.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind bis Dezember 2015 berücksichtigt.

Februar 2016

Katharina von Koppenfels-Spies

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI

A. Einführung

I. Ausgangspunkt/Rahmenbedingungen	1
II. Änderungen zum 1.1.2015	2
III. Kritik an den Neuregelungen	3

B. Berechtigte und Verpflichtete

I. Berechtigte – § 7 Abs. 1 PflegeZG	5
1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, § 7 Abs. 1 Nr. 1 PflegeZG	5
2. Freie Mitarbeiter	6
3. Leitende Angestellte	7
4. Beamte	8
5. Auszubildende, § 7 Abs. 1 Nr. 2 PflegeZG	8
6. Arbeitnehmerähnliche Personen, § 7 Abs. 1 Nr. 3 PflegeZG	9
7. In Heimarbeit Beschäftigte und Gleichgestellte, § 7 Abs. 1 Nr. 3 PflegeZG	10
II. Verpflichteter: Arbeitgeber, § 7 II PflegeZG	11
1. Arbeitgeber	11
2. Schwellenwerte	11

C. Bedarfssituationen

I. Überblick über die verschiedenen Bedarfssituationen – Systematisierung	15
II. Pflege von pflegebedürftigen nahen Angehörigen	16
1. Nahe Angehörige	16
2. Pflegebedürftigkeit	19
a) Pflegestufen	21
b) „Pflegestufe 0“: Demenz	22
c) Dauer der Hilfebedürftigkeit	22
d) Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs	23
e) Voraussichtliche Pflegebedürftigkeit (§ 7 Abs. 4 S. 2 PflegeZG)	23

	Seite
f) Verfahren bzgl. der Feststellung der Pflegebedürftigkeit	24
g) Privat pflegeversicherter naher Angehöriger	28
h) Nachweispflichten des Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber, § 2 Abs. 2 PflegeZG, § 3 Abs. 2 PflegeZG, § 2 Abs. 4 FPfZG	28
3. Minderjähriger pflegebedürftiger Angehöriger	30
4. Pflege in häuslicher Umgebung durch den Beschäftigten	30
5. Pflege durch mehrere Angehörige	32
III. Begleitung in der letzten Lebensphase, § 3 Abs. 6 PflegeZG ...	33
IV. Pflegeorganisation in einer akut aufgetretenen Pflegesituation, § 2 PflegeZG	35
1. Akut aufgetretene Pflegesituation	36
2. Mehrfache Inanspruchnahme der Freistellung bei demselben nahen Angehörigen?	36
3. Erforderlichkeit des Fernbleibens von der Arbeit: Organisation oder Sicherstellung der Pflege	37
 D. Gestaltungsmöglichkeiten zur Freistellung	
I. Überblick über die verschiedenen Freistellungsmöglichkeiten – Systematisierung	39
II. Kurzzeitige Arbeitsfreistellung bis zu zehn Arbeitstage, § 2 PflegeZG	41
1. Inhalt des Anspruchs	42
a) Einseitiges Leistungsverweigerungsrecht	42
b) Verhältnis zum Leistungsverweigerungsrecht gem. § 275 III BGB	43
2. Voraussetzungen	43
a) Beschäftigte iSd § 7 Abs. 1 PflegeZG	43
b) Keine Wartezeit	44
c) Keine Schwellenwerte	44
d) Akut aufgetretene Pflegesituation	45
e) (Voraussichtlich) Pflegebedürftiger naher Angehöriger ...	45
f) Erforderlichkeit des Fernbleibens von der Arbeit	46
g) Unverzögliche Mitteilung	47
h) Nachweispflicht gegenüber dem Arbeitgeber	48
i) Kein Antrag, keine Ankündigungsfrist	49
3. Dauer und Umfang des Leistungsverweigerungsrechts	49
4. Weitere Rechtsfolgen	50
a) Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld	50
b) Sonderkündigungsschutz	51
c) Sozialversicherungsrechtliche Absicherung	51
5. Rechtsfolgen bei Fernbleiben trotz Nichterfüllen der Voraussetzungen des § 2 PflegeZG	52

	Seite
III. Pflegezeit bis zu sechs Monate, § 3 PflegeZG	53
1. Inhalt des Anspruchs	54
2. Voraussetzungen	55
a) Beschäftigte iSd § 7 Abs. 1 PflegeZG	55
b) Keine Wartezeit	56
c) Betriebsgröße/Schwellenwert	56
d) Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung	58
e) Nachweis der Pflegebedürftigkeit	60
f) Ankündigung der Pflegezeit (Schriftform, Frist, Inhalt) ..	60
3. Vollständige oder teilweise Freistellung	62
a) Vollständige Freistellung	62
b) Teilweise Freistellung	63
4. Dauer und Umfang der Freistellung, § 4 PflegeZG	65
a) Vollständiges oder teilweises Ruhen des Beschäftigungs- verhältnisses	65
b) Höchstdauer der Pflegezeit und Verlängerungsmöglich- keit bei kürzerer Pflegezeit	66
c) Aufteilung der Pflegezeit in mehrere Abschnitte?	67
d) Vorzeitiges Ende der Pflegezeit, § 4 II PflegeZG	67
5. Weitere Rechtsfolgen der Pflegezeit	69
a) Pflegezeit als Beschäftigungszeit – Auswirkungen auf die Kündigungsfristen	69
b) Schicksal von Jahressonderzahlungen, Anrechnung der Pflegezeit auf Stufenlaufzeiten und die Berufsjahre im Rahmen der tariflichen Gehaltsstufen, keine Anrechnung auf Berufsbildungszeiten	69
c) Anspruch auf Darlehen	69
d) Sonderkündigungsschutz	70
e) Kürzung des Urlaubsanspruchs	70
f) Sozialversicherungsrechtliche Absicherung	71
6. Verhältnis zur Familienpflegezeit	72
IV. Familienpflegezeit bis zu 24 Monate, § 2 Abs. 1 S. 1 FPfZG ...	74
1. Inhalt des Anspruchs	74
2. Voraussetzungen	75
a) Beschäftigte	75
b) Keine Wartezeit	76
c) Betriebsgröße/Schwellenwert	76
d) Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung	78
e) Nachweis der Pflegebedürftigkeit	80
f) Ankündigung der Familienpflegezeit (Schriftform, Frist, Inhalt)	80

	Seite
3. Umfang der Freistellung/Familienpflegezeitvereinbarung	82
a) Umfang der Freistellung	83
b) Schriftliche Vereinbarung	84
4. Dauer der Freistellung	86
a) Höchstdauer der Familienpflegezeit und Verlängerungs- möglichkeit bei kürzerer Familienpflegezeit	86
b) Verkürzung bzw. vorzeitiges Ende der Freistellung, § 2a Abs. 5 FPfZG	87
c) Aufteilung der Freistellung in mehrere Abschnitte?	88
5. Weitere Rechtsfolgen der Familienpflegezeit	88
a) Familienpflegezeit als Beschäftigungszeit – Auswirkungen auf die Kündigungsfristen	88
b) Schicksal von Jahressonderzahlungen, Anrechnung der Pflegezeit auf Stufenlaufzeiten und die Berufsjahre im Rahmen der tariflichen Gehaltsstufen, keine Anrechnung auf Berufsbildungszeiten	89
c) Anspruch auf Darlehen	89
d) Sonderkündigungsschutz	90
e) Keine Kürzung des Urlaubsanspruchs	90
f) Sozialversicherungsrechtliche Absicherung	90
6. Verhältnis zur Pflegezeit	91
V. Betreuung minderjähriger pflegebedürftiger naher Angehöriger, § 3 Abs. 5 PflegeZG, § 2 Abs. 5 FPfZG	93
1. Inhalt des Anspruchs	93
2. Minderjährigenbetreuung nach dem PflegeZG und nach dem FPfZG	94
3. Verhältnis der Minderjährigenbetreuung zu Pflegezeit und Familienpflegezeit	95
4. Voraussetzungen	96
a) Beschäftigte iSd § 7 Abs. 1 PflegeZG	96
b) Keine Wartezeit	96
c) Betriebsgröße/Schwellenwert	97
d) Betreuung eines minderjährigen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher oder außerhäuslicher Umgebung	98
e) Nachweis der Pflegebedürftigkeit	99
f) Ankündigung der Freistellung zur Minderjährigen- betreuung (Schriftform, Frist, Inhalt)	100
5. Umfang der Freistellung/schriftliche Vereinbarung bei teilweiser Freistellung	102
a) Umfang der Freistellung	102
b) Schriftliche Vereinbarung	102
6. Dauer der Freistellung	103

	Seite
a) Höchstdauer der Freistellung und Verlängerungs- möglichkeit bei kürzerer Auszeit	103
b) Verkürzung bzw. vorzeitiges Ende der Freistellung	104
c) Aufteilung der Freistellung zur Minderjährigenbetreuung in mehrere Abschnitte?	105
7. Weitere Rechtsfolgen der Freistellung zur Minderjährigen- betreuung	105
a) Minderjährigenbetreuung als Beschäftigungszeit – Auswirkungen auf die Kündigungsfristen	105
b) Schicksal von Jahressonderzahlungen, Anrechnung der Freistellung auf Stufenlaufzeiten und die Berufsjahre im Rahmen der tariflichen Gehaltsstufen, keine Anrechnung auf Berufsbildungszeiten	105
c) Anspruch auf Darlehen	106
d) Sonderkündigungsschutz	106
e) Kürzung des Urlaubsanspruchs nur bei vollständiger Freistellung nach PflegeZG	106
f) Sozialversicherungsrechtliche Absicherung	106
VI. Begleitung eines nahen Angehörigen in der letzten Lebensphase, § 3 Abs. 6 PflegeZG	108
1. Inhalt des Anspruchs	108
2. Voraussetzungen	109
a) Beschäftigte iSd § 7 Abs. 1 PflegeZG	109
b) Keine Wartezeit	109
c) Betriebsgröße/Schwellenwert	110
d) Begleitung eines nahen Angehörigen in der letzten Lebensphase	111
e) Nachweis durch ärztliches Zeugnis	113
f) Ankündigung der Freistellung zur Sterbebegleitung (Schriftform, Frist, Inhalt)	113
3. Vollständige oder teilweise Freistellung	115
a) Vollständige Freistellung	115
b) Teilweise Freistellung	116
4. Dauer und Umfang der Freistellung	117
a) Vollständiges oder teilweises Ruhen des Beschäftigungs- verhältnisses	117
b) Höchstdauer der Freistellung und Verlängerungs- möglichkeit bei kürzerer Freistellung	117
c) Verkürzung bzw. vorzeitiges Ende der Freistellung	118
d) Aufteilung der Freistellung in mehrere Abschnitte?	119
e) Kombination von Sterbebegleitung und Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit	120
5. Weitere Rechtsfolgen der Freistellung zur Sterbebegleitung	121

	Seite
a) Freistellung zur Sterbebegleitung als Beschäftigungszeit – Auswirkungen auf die Kündigungsfristen	121
b) Schicksal von Jahressonderzahlungen, Anrechnung der Pflegezeit auf Stufenlaufzeiten und die Berufsjahre im Rahmen der tariflichen Gehaltsstufen, keine Anrechnung auf Berufsbildungszeiten	121
c) Anspruch auf Darlehen	122
d) Sonderkündigungsschutz	122
e) Kürzung des Urlaubsanspruchs	123
f) Sozialversicherungsrechtliche Absicherung	123
VII. Teilzeitananspruch gem. § 8 TzBfG	125
1. Voraussetzungen	125
2. Kein Grund bzw. Anlass für Teilzeitverlangen	125
3. Geltendmachung des Teilzeitverlangens	125
4. Entgegenstehende Gründe des Arbeitgebers	126
5. Erneutes Teilzeitverlangen	127
6. Ende der Teilzeittätigkeit – Rückkehr zur Vollzeitbe- schäftigung	127
7. Keine finanzielle Kompensation, kein Kündigungsschutz	128
 E. Finanzielle Leistungen an den pflegenden Beschäftigten/ Verhältnis zu Sozialleistungen	
I. Überblick, Änderungen zum 1.1.2015	129
II. Pflegeunterstützungsgeld, § 44 a Abs. 3–7 SGB XI	131
1. Voraussetzungen:	131
a) Berechtigte	131
b) Freistellungssituation	131
c) Kein Anspruch auf vorrangige Leistungen	132
d) Unverzüglicher Antrag, erforderliche Bescheinigung	132
2. Rechtsfolge	133
a) Höhe und Berechnung des Pflegeunterstützungsgeldes ...	133
b) Dauer der Zahlung/mehrere pflegende Beschäftigte	134
c) Auszahlung des Pflegeunterstützungsgeldes	134
d) Nachweis/Mitteilungspflicht des Beschäftigten	134
3. Sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen	135
III. Darlehen	136
1. Freistellungssituationen	136
2. Höhe und Berechnung des Darlehens	137
3. Auszahlung des Darlehens	138
4. Dauer der Förderfähigkeit	139
5. Rückzahlung des Darlehens	139
6. Härtefallregelung	140

	Seite
a) Härtefälle iSd § 7 Abs. 1 FPfZG	140
b) Teilerlass der Rückzahlungsraten gem. § 7 Abs. 2 FPfZG	141
c) Erlöschen der Darlehensschuld gem. § 7 Abs. 3 FPfZG ..	141
d) Verfahren zur Geltendmachung eines Härtefalles	141
7. Verfahren der Darlehensgewährung	142
8. Mitwirkungspflichten von Arbeitgeber und Darlehens- nehmer/Ordnungswidrigkeiten	143
9. Sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen	144
10. Verhältnis des Darlehens zu bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistungen	144
IV. Wertguthabenregelung	146
V. Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber gem. § 616 S. 1 BGB	148
1. Voraussetzungen	148
a) Kreis der Anspruchsberechtigten	148
b) Persönlicher Hinderungsgrund, insbesondere die Pflege erkrankter naher Angehöriger	149
c) Kausalität	150
d) Verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit	150
e) Kein Verschulden	151
2. Rechtsfolgen	151
3. Konkurrenz zum Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld gem. § 2 Abs. 3 PflegeZG iVm § 44a Abs. 3 SGB XI	152
VI. Kinderkrankengeld, Kinderverletztengeld	153
1. Anspruch auf Kinderkrankengeld gem. § 45 SGB V	153
a) Voraussetzungen	153
b) Rechtsfolgen	154
2. Anspruch auf Kinderverletztengeld gem. § 45 Abs. 4 SGB VII	155
3. Konkurrenzen	156
a) Das Verhältnis der Freistellungsansprüche/Leistungs- verweigerungsrechte (§ 275 Abs. 3 BGB, § 45 Abs. 3 SGB V, § 2 Abs. 1 PflegeZG) zueinander	156
b) Das Verhältnis der finanziellen Leistungen (Entgeltfort- zahlung gem. § 616 S. 1, Pflegeunterstützungsgeld, Kinderkrankengeld, Kinderverletztengeld) zueinander	157
VII. Pflegegeld	159
F. Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis	
I. Ruhen des Arbeitsverhältnisses	161
II. Kündigungsschutz	163
1. Voraussetzungen des Sonderkündigungsschutzes	163

	Seite
2. Kündigungsarten	165
3. Beginn	165
4. Ende	166
5. Auswirkungen des Sonderkündigungsschutzes	167
6. Zulassung der Kündigung durch die oberste Landesbehörde	167
7. Sonderkündigungsschutz für arbeitnehmerähnliche Personen	169
III. Kürzung des Urlaubsanspruchs, § 4 Abs. 4 PflegeZG	170
1. Ermessen des Arbeitgebers	170
2. Die betroffenen Urlaubsansprüche	171
3. Die maßgeblichen Freistellungssituationen	171
4. Umfang der Kürzung	171
5. Rechtsfolge der Kürzung	172
6. Übertragung der Kürzungsbefugnis auf das nächste Kalenderjahr bei zu viel gewährtem Urlaub?	172
IV. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte	174
V. Auswirkungen auf die Länge der Kündigungsfristen	175
VI. Schicksal von Jahressonderzahlungen etc.	176
1. Jahressonderzahlungen	176
2. Bewährungszeiten/Stufenlaufzeiten	177
3. Keine Anrechnung auf Berufsbildungszeiten	177
 G. Einstellung einer Vertretung während der (Familien-) Pflegezeit, § 6 PflegeZG (iVm § 2 Abs. 3 FPfZG)	
I. Befristete Einstellung einer Ersatzkraft	179
II. Verhältnis zum TzBfG	181
III. Kündigung des befristeten Arbeitsverhältnisses	182
IV. Keine Doppelzahlung von Vertretungskraft und freigestelltem Beschäftigten	184
 H. Sozialversicherungsrechtliche Absicherung während der Freistellungen nach PflegeZG und FPfZG	
I. Sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen bei Freistellungen nach dem PflegeZG	185
1. Freistellung wegen kurzzeitiger Arbeitsverhinderung gem. § 2 PflegeZG und der Bezug von Pflegeunterstützungsgeld	185
a) Gesetzliche Krankenversicherung	185
b) Zuschüsse für privat krankenversicherte Beschäftigte	187
c) Soziale Pflegeversicherung	187
d) Gesetzliche Rentenversicherung	187
e) Beiträge bei Versicherten in berufsständischen Versorgungseinrichtungen	188

	Seite
f) Arbeitslosenversicherung	188
g) Gesetzliche Unfallversicherung	188
h) Besonderheiten bei landwirtschaftlichen Unternehmern	189
2. Vollständige oder teilweise Freistellung im Rahmen der Pflegezeit gem. § 3 Abs. 1 PflegeZG (bei gleichzeitiger Inanspruchnahme eines zinslosen Darlehens)	189
a) Teilweise Freistellung im Rahmen der Pflegezeit	189
aa) Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung	190
bb) Gesetzliche Rentenversicherung	190
cc) Arbeitslosenversicherung	192
dd) Gesetzliche Unfallversicherung	193
b) Vollständige Freistellung im Rahmen der Pflegezeit	193
3. Minderjährigenbetreuung gem. § 3 Abs. 5 PflegeZG	194
4. Sterbebegleitung gem. § 3 Abs. 6 PflegeZG	195
II. Sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen bei Freistellungen nach dem FPfZG	196
I. Anwendbare Regelungen für Kleinbetriebe (unterhalb der Schwellenwerte)	197
K. (Familien-)Pflegezeit im Beamtenrecht	
I. Einleitung	199
II. Rechtslage für Bundesbeamte	200
1. Familienpflegezeit	200
2. Kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege eines nahen Angehörigen	201
III. Rechtslage für Landesbeamte – Überblick	202
1. Familienpflegezeit	202
2. Kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege eines nahen Angehörigen	202
L. Veränderte Umstände im Beschäftigungs- und Pflege- verhältnis und ihre Auswirkungen auf Pflegezeit und Familienpflegezeit	
I. Veränderte Umstände im Beschäftigungsverhältnis	205
II. Veränderte Umstände im Pflegeverhältnis	207
M. Praxisteil	
I. Links, Adressen und Formulare	209
II. Berechnung von Pflegeunterstützungsgeld und Darlehen	212

	Seite
III. Checklisten	213
Checkliste 1: Kurzzeitige Arbeitsverhinderung, § 2 Abs. 1 PflegeZG	213
Checkliste 2: Pflegezeit, § 3 Abs. 1 PflegeZG	214
Checkliste 3: Familienpflegezeit, § 2 Abs. 1 FPfZG	217
Checkliste 4: Betreuung minderjähriger pflegebedürftiger naher Angehöriger, § 3 Abs. 5 PflegeZG	218
Checkliste 5: Betreuung minderjähriger pflegebedürftiger naher Angehöriger, § 2 Abs. 5 FPfZG	220
Checkliste 6: Begleitung eines nahen Angehörigen in der letzten Lebensphase, § 3 Abs. 6 PflegeZG	221
Sachverzeichnis	225